

# Wirtschaftspolitik

ROLAND DÖHRN / WIM KÖSTERS

Die Wirtschaft in den Ländern der Europäischen Union (EU) entwickelte sich im Jahr 2000 ausgesprochen dynamisch. Sie wuchs mit einer Rate von 3,4% nach nur 2,5% im Jahr zuvor, damit war die Expansion stärker als im Durchschnitt des abgelaufenen Jahrzehnts. Besonders kräftig war der Anstieg des BIP in Irland, wo der Zuwachs 10% übertraf, sowie in Luxemburg, Finnland, Spanien, und Griechenland. Nachzügler in der Expansion waren – wie bereits in den Jahren zuvor – Italien und Deutschland. Die gute Konjunktur ließ die Zahl der Arbeitslosen deutlich zurückgehen, die Arbeitslosenquote sank in der EU insgesamt von 9,1 auf 8,2%, wobei in allen Ländern die Quoten rückläufig waren. Auch die Staatshaushalte profitierten von der günstigen Wirtschaftsentwicklung. Hinzu kamen allerdings in einigen Ländern erhebliche außerordentliche Einnahmen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen. Insgesamt wurde in den öffentlichen Haushalten der 15 EU-Staaten ein Überschuss von 1,2% des BIP erzielt, und der Schuldenstand wurde von 67,5 auf 64,5% des BIP reduziert.

Allerdings trübte sich bereits im Laufe des Jahres 2000 das konjunkturelle Bild ein und das Expansionstempo verlangsamte sich merklich. Wichtigste Ursache hierfür war zunächst der steigende Rohölpreis und der davon ausgehende Kaufkraftentzug. Bereits seit März 1999 kletterten die Notierungen für Rohöl deutlich, jedoch ausgehend von einem außerordentlich niedrigen Niveau, dem tiefsten Stand in den neunziger Jahren. Zu Jahresbeginn 2000 lag der Preis bei etwa 25 US-Dollar je Barrel, und im Oktober erreichte er vorübergehend sogar 35 US-Dollar je Barrel, den höchsten Wert seit der Kuwait-Krise 1991. Verstärkt wurden die Auswirkungen auf die EU-Länder durch den schwachen Euro, der die Einfuhren zusätzlich verteuerte. Insgesamt ist der Entzug von Kaufkraft für die EU-Länder – Großbritannien nicht eingerechnet, da es Netto-Exporteur von Öl ist – auf etwa 0,7% des BIP zu beziffern. Seinen Niederschlag fand dies in einer Beschleunigung des Preisanstiegs. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) stieg nach einem moderaten Anstieg um 1,2% im Jahr 1999 im Jahresdurchschnitt 2000 um 2,1%, im letzten Quartal übertraf er den entsprechenden Wert des Vorjahres sogar um 2,7%.

Gegen Ende 2000 machte sich zudem die Eintrübung des weltwirtschaftlichen Umfeldes bemerkbar. In den Vereinigten Staaten, deren Wirtschaft im ersten Halbjahr noch außerordentlich kräftig mit Raten von fast 5% gewachsen war, schwächte sich die Expansion in der zweiten Hälfte 2000 merklich ab. Insbesondere ging der Boom in der Informations- und Kommunikationstechnologie zu Ende, und dies

traf, als wichtige Lieferanten in diesem Sektor, die Schwellenländer in Asien besonders hart, so dass auch hier das Wachstum deutlich erlahmte. Dies alles zog die Wirtschaft Japans, wo das Wachstum aufgrund anhaltender struktureller Probleme in den vergangenen Jahren ohnehin nur sehr fragil war, im ersten Halbjahr 2001 erneut in eine Rezession. Unter Berücksichtigung solcher indirekter Wirkungen, dies zeigen jedenfalls verschiedene Modellrechnungen, drückt eine um 1 Prozentpunkt schwächere Expansion in den Vereinigten Staaten die Zuwachsrates des BIP in der EU um 0,2 bis 0,4 Prozentpunkte, und eine entsprechende Abschwächung in dieser Größenordnung war im Verlauf des ersten Halbjahr 2001 auch zu registrieren.

Allerdings dämpfte nicht nur die Außenwirtschaft die Konjunktur, hinzu kamen unerwartet kräftige Preissteigerungen, die die Realeinkommen der Konsumenten und dadurch auch den privaten Konsum drückten. Dabei hatte man in allen Prognosen für 2001 große Hoffnung in die Binnennachfrage gesetzt. Zu Jahresbeginn traten nämlich in fast allen EU-Ländern zeitgleich Steuerreformen in Kraft, durch die die Steuerbelastung für Unternehmen und vor allem für Verbraucher reduziert wurde; aus diesem Grund herrschte die Erwartung, die Binnennachfrage werde kräftiger expandieren und die Folgen der weltwirtschaftlichen Abschwächung – die durchaus in den Prognosen vom Jahresanfang gesehen wurde – teilweise ausgleichen. Diese Hoffnung machte vorerst der kräftige Preisanstieg zunichte, und der erschwerte es auch der Europäischen Zentralbank, auf die schwächere gesamtwirtschaftliche Expansion angemessen zu reagieren.

### *Unerwartet kräftige Preissteigerungen*

Seit der Jahresmitte 2000 beschleunigte sich die Inflationsentwicklung in der EU insgesamt wie auch in den meisten Mitgliedsländern (siehe Tabelle). Ursache dafür waren zum Teil – wie bereits angesprochen – die Energiepreise. Sie lagen über das gesamte Jahr gesehen um etwa 13% über denen in 1999. Trotz ihres relativ hohen Anteils von 9% am Warenkorb der Konsumenten schlugen die höheren Energiekosten zunächst allerdings noch nicht auf die Verbraucherpreise insgesamt durch, da gleichzeitig die Preise im Telekommunikationssektor sanken (um mehr als 4% im Vorjahresvergleich) und sich die Preise für Nahrungsmittel bis zum Mai 2000 sehr moderat entwickelten; sie sind mit einem Anteil von 20% im Warenkorb vertreten. Dann aber stiegen die Nahrungsmittelpreise beschleunigt, zum Teil erntebedingt, insbesondere aber wegen der BSE-Krise und – im Winter 2001 – wegen der Maul- und Klauenseuche. Durch sie erhöhten sich insgesamt gesehen – trotz eines Überangebots in Teilmärkten – die Fleischpreise, da aufgrund der Einschränkung des Handels in einigen Ländern preisgünstige Importware aus den Regalen der Läden verschwand, gleichzeitig wichen die Verbraucher auf andere Nahrungsmittel aus, wodurch hier knappheitsbedingt die Preise anzogen. Im Schlussquartal 2000 lag der Preisindex für Nahrungsmittel um 2,2% über dem Vorjahreswert, im ersten Vierteljahr 2001 um 3,3% und im zweiten sogar um mehr als 5%. Zugleich verlangsamte sich der Rückgang der Telekommunikationspreise,

die bis dahin die Inflation dämpften. Alles in allem beschleunigte sich der Preisanstieg in der EU spürbar. Im ersten Quartal 2000 hatte er noch unter 2% gelegen, im Schlussquartal 2000 betrug die Preissteigerungsrate bereits 2,7% und im Mai 2001 erreichte sie schließlich 3,4%, den höchsten Wert seit Einführung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex 1995.

Darin kamen auch eine konjunkturbedingt höhere Inflation sowie Sonderentwicklungen in einigen Mitgliedsländern zum Ausdruck. Die höchsten Preissteigerungen waren 2000 nämlich in Irland, Luxemburg, Spanien und Finnland zu beobachten und damit in den Ländern mit dem kräftigsten Wirtschaftswachstum, wobei – außer in Spanien – die Arbeitslosigkeit in den genannten Ländern auch sehr gering war und sich Anspannungen am Arbeitsmarkt bemerkbar machten. Anfang 2001 kam es dann zu einem Inflationsschub in den Niederlanden, wo die Steuerreform zwar einen deutlichen Rückgang der Einkommensteuer brachte, dies aber teilweise durch eine Anhebung der Mehrwertsteuer kompensiert wurde, was preistreibend wirkte, zumal die außerordentlich niedrige Arbeitslosigkeit Reaktionen der Lohnpolitik ermöglichte.

Insgesamt gesehen war die höhere Inflation indes kein generelles, auf allen Märkten anzutreffendes Phänomen. Insbesondere reagierten die Tarifpartner sehr moderat auf den Verlust an Kaufkraft, und so genannte „Zweitrundeneffekte“ über stärkere Lohnzuwächse und damit steigende Produktionskosten blieben im Großen und Ganzen aus. Deshalb bildeten sich die Inflationsraten nach dem Höhepunkt im Mai 2001 auch deutlich zurück als die Preise für Mineralölzerzeugnisse und Fleisch zu sinken begannen.

#### *Beschäftigungssituation besser, aber Abbau der Arbeitslosigkeit stockend*

Der Abbau der Arbeitslosigkeit in der EU setzte sich 2000 dank demographischer Faktoren und der guten Konjunktur fort. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote ging um 0,9 Prozentpunkte auf 8,3% zurück (siehe Tabelle), im Verlauf des Jahres sank sie von 8,9% (Dezember 1999) auf 8,1% (Dezember 2000). Am deutlichsten war die Absenkung in Schweden und Frankreich (jeweils 1,7 Prozentpunkte), aber auch in Spanien (1,4 Prozentpunkte) war der Abbau groß, allerdings liegt hier die Quote nach wie vor weit über dem EU-Durchschnitt. Kaum noch zurück ging die Arbeitslosigkeit naturgemäß dort, wo ohnehin annähernd Vollbeschäftigung herrschte, also in den Niederlanden, Österreich und Dänemark. Nur bescheidene Fortschritte, gerade angesichts der relativ hohen Quoten, erzielte Deutschland, und in Griechenland stieg sie sogar. In der ersten Jahreshälfte 2001 verbesserte sich die Beschäftigungssituation allerdings in fast allen Ländern nur noch wenig. Die Arbeitslosenquote insgesamt sank bis Mai 2001 nur noch auf 7,6%, zuletzt stagnierte sie mehr oder weniger.

Die im Vertrag von Amsterdam vollzogene Aufnahme eines Kapitels zur Beschäftigung in den EG-Vertrag unterstreicht zwar die Priorität, die die Gemeinschaft dem Beschäftigungsziel einräumt. Der Vertrag enthält aber keine Angaben zu konkreten Instrumenten, mit deren Hilfe dieses Ziel erreicht werden sollte, sondern

er sieht in erster Linie eine Moderatorenrolle der EU bei der Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern und ein Monitoring der Arbeitsmarktpolitik in Form von Jahresberichten vor. Allerdings ist es in den vergangenen Jahren gelungen, die Zusammenarbeit mit Leben zu füllen. Der Europäische Rat in Luxemburg (November 1997) formulierte Zielsetzungen der Beschäftigungspolitik, die Grundlage eines Beschäftigungspolitischen Aktionsplans, den die einzelnen Länder jährlich vorlegen, und eines jährlichen Beschäftigungsberichts der Kommission sind (Luxemburg-Prozess). Der Europäische Rat widmete sich in Lissabon (März 2000) den Themen Ausbildung und lebenslanges Lernen für eine wissensbasierte Wirtschaft und der Schaffung „besserer“ Jobs – ein Thema das im Mittelpunkt des jüngsten Beschäftigungsberichts der EU steht. In Stockholm (März 2001) wurden als Zwischenziele eine Anhebung der Erwerbsbeteiligung in der EU insgesamt, vor allem für Frauen und ältere Arbeitnehmer formuliert.

Mit Blick auf die im Luxemburg-Prozess und in Lissabon spezifizierten Zielsetzungen zieht der aktuelle Beschäftigungsbericht eine positive Bilanz des Jahres 2000: Die Arbeitslosenquote sank trotz einer steigenden Erwerbsbeteiligung, und sie ging in traditionell benachteiligten Segmenten des Arbeitsmarkts ebenfalls deutlich zurück. Die Arbeitslosenquote bei Frauen lag erstmals seit 10 Jahren unter 10%, über die vergangenen fünf Jahre verringerte sich der Unterschied zwischen den geschlechtsspezifischen Quoten. Die Arbeitslosenquote für Jugendliche sank im Verlauf von fünf Jahren um ein Viertel, allein 2000 verringerte sie sich um 1,8 Prozentpunkt. Auch die Langzeit-Arbeitslosigkeit ging überdurchschnittlich stark zurück. Schließlich konstatiert der Bericht qualitative Verbesserungen, festzumachen an einem hohen Beschäftigungswachstum in Hochtechnologie-Sektoren und in Branchen, die hohe Qualifikationsniveaus voraussetzen.

Bei allen, im Vergleich zur Entwicklung in den Vereinigten Staaten gleichwohl bescheidenen, Erfolgen darf indes nicht übersehen werden, dass die Bewährung dieser Politik in einer Phase schwächerer wirtschaftlicher Entwicklung noch aussteht.

### *Geldpolitik in der Zwickmühle*

Die Europäische Zentralbank (EZB) geriet angesichts der geschilderten Konstellation aus sich abschwächender wirtschaftlicher Aktivität einerseits und steigender Inflation andererseits in eine schwierige Lage. Sie hatte zwischen November 1999 und Oktober 2000 in sieben Schritten ihre Schlüsselzinssätze angehoben, gemessen am Satz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte um insgesamt 2,25 Prozentpunkte. Begründet hatte sie dies zum einen mit der guten Konjunktur in der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und der damit verbundenen Gefahr von Übersteigerungen. Zum anderen reagierte die EZB auch auf die anziehende Inflation, da sie angesichts der hohen Kapazitätsauslastung die Gefahr von Zweitrundeneffekten bei den Preisen – aufgrund höherer Lohnabschlüsse – hoch einschätzte und diesen einen Riegel verschieben wollte. Dabei spielte auch eine Rolle, dass die Geldmengenentwicklung – die so genannte erste Säule ihrer Geldpolitik – anhaltend

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren der EU-Länder

	Reales Wirtschaftswachstum <sup>1</sup>			Anstieg der Verbraucherpreise <sup>2</sup>			Arbeitslosenquote <sup>3</sup>			Finanzierungssaldo des öffentlichen Haushalts <sup>4</sup>		
	1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000
Belgien	2,4	2,7	4,0	0,9	1,2	2,9	9,5	8,8	7,0	-0,9	-0,7	0,0
Dänemark	2,8	2,1	2,9	1,3	2,0	2,7	5,2	5,2	4,7	1,1	3,1	2,5
Deutschland	2,1	1,6	3,0	0,6	0,6	2,0	9,3	8,6	7,9	-2,1	-1,4	1,5
Finnland	5,3	4,2	5,7	1,4	1,3	3,0	11,4	10,2	9,8	1,3	1,8	6,7
Frankreich	3,1	2,9	3,3	0,7	0,5	1,8	11,8	11,2	9,6	-2,7	-1,6	-1,3
Griechenland	3,1	3,4	4,1	4,5	2,2	2,9	10,9	11,6	11,1	-3,1	-1,8	-0,9
Großbritannien	2,6	2,3	3,0	1,6	1,3	0,8	6,3	6,0	5,5	-1,5	-0,6	1,2
Irland	8,6	9,8	10,5	2,1	2,5	5,2	7,5	5,6	4,4	2,1	2,1	4,5
Italien	1,8	1,6	2,9	2,0	1,7	2,5	11,8	11,4	10,5	-2,8	-1,8	-0,3
Luxemburg	5,0	7,6	8,5	1,0	1,0	3,8	2,7	2,4	2,4	3,2	4,7	5,3
Niederlande	4,1	3,9	3,9	1,8	2,0	2,3	4,0	3,3	2,7	-0,7	1,0	2,0
Österreich	3,3	2,8	3,2	0,8	0,5	2,0	4,5	4,0	3,7	-2,2	-2,1	-1,1
Portugal	3,8	3,3	3,3	2,2	2,1	2,8	5,2	4,5	4,2	-2,3	-2,1	-1,4
Schweden	3,6	4,1	3,6	1,4	0,5	1,3	8,3	7,2	5,9	1,9	1,8	4,0
Spanien	4,3	4,0	4,1	1,8	2,2	3,5	18,8	15,9	14,3	-2,6	-1,2	-0,3
<b>EU insgesamt</b>	2,8	2,5	3,4	1,3	1,2	2,1	9,9	9,2	8,3	-1,5	-0,6	1,2
<b>Zum Vergleich:</b>												
Vereinigte Staaten	4,3	4,1	4,1	1,6	2,2	3,4	4,5	4,2	4,0	0,3	1,0	2,2
Japan	-1,1	0,8	1,5	0,6	-0,3	-0,6	4,1	4,7	4,7	-10,3	-10,4	-

Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben von EUROSTAT und nationalen Quellen.

- 1 Jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen BIP.
- 2 EU: Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI).
- 3 Standardisierte Arbeitslosenquote nach ILO, Jahresdurchschnitt.
- 4 In % des BIP.

über dem von der EZB gesetzten Referenzwert von  $4\frac{1}{2}\%$  lag, und dies auf mittelfristige Inflationsrisiken hindeutete. In Umkehrung dieser Argumentation hätte ein in der zweiten Jahreshälfte 2000 sich deutlich abschwächendes Geldmengenwachstum, das sich dem Referenzwert annäherte, Spielräume schaffen müssen, bei gleichzeitigem Nachlassen der wirtschaftlichen Expansion Zinssenkungen vorzunehmen und so der konjunkturellen Abschwächung entgegen zu wirken.

Dem stand jedoch die steigende und nicht mehr mit dem Ziel der Preisniveaustabilität vereinbare Inflationsrate in der WWU entgegen. Nicht zuletzt weil die EZB noch an Reputation als Hüterin der Geldwertstabilität gewinnen muss, neigte sie in der ersten Jahreshälfte 2001 zu einer vorsichtigen Politik. So senkte sie ihre Zinsen bislang nur einmal und auch nur wenig, nämlich im Mai 2001 um einen Viertel Prozentpunkt. Dies brachte ihr in der Öffentlichkeit mit Verweis auf das forsche Vorgehen der amerikanischen Notenbank – diese senkte im gleichen Zeitraum ihre Zinsen in sieben Schritten um insgesamt 3 Prozentpunkte – vielfach Kritik ein. Für die Konjunktur gab sie jedenfalls kaum Anregungen, und Zinsschritte in der zweiten Jahreshälfte 2001, die die EZB in Aussicht gestellt hat, dürften zu spät kommen, um in konjunktureller Hinsicht zu wirken.

### *Fiskalpolitik auf Konsolidierungskurs*

Die Fiskalpolitik setzte im Jahr 2000 ihren Konsolidierungskurs fort. Die zusammengefassten Haushalte der 15 EU-Länder wiesen erstmals sogar einen Überschuss von 1,2% des BIP auf. Wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hatten einerseits die gute Konjunktur, andererseits die außerordentlichen Einnahmen, die einige Länder aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen erzielten. Gleichwohl ließen die Regierungen in ihren Bemühungen um einen Abbau der Neuverschuldung bereits nach. Dies wird deutlich, wenn man den von der EU-Kommission berechneten strukturellen Haushaltssaldo betrachtet, der die UMTS-Einnahmen nicht enthält und Konjunktur bedingte Mehreinnahmen oder Minderausgaben ausklammerte. Dieser hatte sich 1999 noch um 0,9 Prozentpunkte auf 0,4% des BIP verbessert gegenüber 1,3% im Jahr zuvor. Dagegen sank der (strukturelle) Fehlbetrag 2000 nur noch um 0,3 Prozentpunkt auf 0,1% des BIP. Insgesamt sind die zusammengefassten nationalen Haushalte damit zwar ausgeglichen, jedoch bestehen weiterhin erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern, ja sie haben sich noch akzentuiert. In einigen Staaten mit Defiziten stieg der strukturelle Fehlbetrag leicht, während vor allem in den Ländern mit Haushaltsüberschüssen diese weiter zunahmen.

Anfang 2001 traten in fast allen EU-Ländern zeitgleich Steuerreformen in Kraft, durch die Haushalte und Unternehmen entlastet wurden und die Abgabenlast in Relation zum BIP gesenkt wurde. Hierfür nahm man ein vorübergehend höheres Defizit der öffentlichen Haushalte in Kauf; nach den Planungen vom Jahresanfang sollte es nach Bereinigung um UMTS-Erlöse und konjunkturelle Faktoren von 0,1 auf 0,4% des BIP steigen. Für 2002 und danach planen dann alle Länder – nachweislich der von ihnen der Kommission vorgelegten Konvergenzprogramme – eine

Fortsetzung des Konsolidierungskurses. Mit der Verlangsamung der wirtschaftlichen Expansion, die in allen Ländern der EU eingetreten ist, stellen sich die Perspektiven für die öffentlichen Haushalte mittlerweile freilich weniger günstig dar als zu Jahresbeginn erhofft. Da jedoch die Defizite allein aus konjunkturellen Gründen zu- beziehungsweise die Überschüsse abnehmen, bedeutet dies keine grundsätzliche Abkehr vom Konsolidierungskurs. Vielmehr wirken damit die automatischen Stabilisatoren, und einer durch sie verursachten höheren Kreditaufnahme durch vermehrte Sparanstrengungen entgegenzuwirken wäre konjunkturell schädlich und ist daher auch nicht vorgesehen. Allerdings sind derzeit auch keine zusätzlichen Maßnahmen der steuerlichen Entlastung oder Ausgabenprogramme geplant, die das strukturelle Defizit vergrößern und den Konsolidierungskurs in Frage stellen würden.

Seit dem Beginn der Währungsunion wacht die Europäische Kommission über die Einhaltung der Konvergenzprogramme und der im Vertrag von Maastricht vereinbarten Kriterien einer soliden Finanzpolitik. Im Frühjahr 2001 setzte die Europäische Kommission erstmals den im Maastrichter Vertrag vorgesehenen Mechanismus in Gang, nach dem Maßnahmen gegen Mitgliedsländer der Währungsunion mit einem übermäßigen Haushaltsdefizit eingeleitet werden können. Es traf mit Irland einen Staat, dessen Haushalt sogar einen deutlichen Überschuss aufweist, der aber – angesichts der boomenden irischen Wirtschaft – gleichwohl als zu expansiv angesehen wurde. Jedenfalls richtete der Europäische Rat im Februar 2001 die Empfehlung an Irland, den Haushalt stärker auf eine Abschwächung des Nachfragezuwachses auszurichten.

#### *Grundsätzliche wirtschaftspolitische Fragen*

Neben der Bewältigung von Fragen der Prozesspolitik stehen gegenwärtig auch und gerade die Lösung grundsätzlicher Probleme der Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik, also ordnungspolitischer Fragen, an. Dabei geht es zunächst darum, ob der durch Binnenmarktprogramm und Maastrichter Vertrag gesetzte Rahmen für die Wirtschaftspolitik in der vereinbarten Form von allen Beteiligten endgültig akzeptiert wird. Er ist durch ein neoklassisches Assignment in der Wirtschaftspolitik gekennzeichnet: mit dem Wegfall des Wechselkurses als Instrument, der prioritären Zuständigkeit der Geldpolitik für das Ziel Preisniveaustabilität und einer starken Beschränkung der konjunkturpolitischen Rolle der Fiskalpolitik durch den Stabilitätspakt liegt die Hauptverantwortung für das Beschäftigungsziel bei der Lohnpolitik. Durch die Begrenzung der Möglichkeiten der Prozesspolitik und Zulassung von mehr Standortwettbewerb sollte ein heilsamer Zwang einerseits auf die Tarifvertragsparteien für moderate Lohnabschlüsse und andererseits auf die nationalen Regierungen für notwendige ordnungspolitische Reformen ausgeübt werden, da in beiden Bereichen die Probleme auf nationaler Ebene ohne diesen Druck in der Vergangenheit vielfach nicht gelöst werden konnten. Vor allem durch Reformen der Arbeitsmarkt-, Abgaben-, Sozial- und Alterssicherungssysteme sollte eine ursachenadäquate Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Wachstumsschwäche und

Finanzierungsproblemen in der Renten- und Sozialpolitik erreicht und für eine höhere Anpassungsfähigkeit der Volkswirtschaften bei Schocks gesorgt werden. Dies würde die Staaten der WWU besser für die Herausforderungen eines schärferen Wettbewerbs im Rahmen der Globalisierung rüsten.

Mit diesem Konzept, in dem Binnenmarkt und Währungsunion als Hebel für ansonsten nicht durchsetzbare Strukturreformen gesehen werden, wurde unter anderem die wirtschaftspolitische Notwendigkeit beider Projekte oft begründet. Gegenwärtig kann noch nicht abschließend beurteilt werden, ob diese Erwartungen in Erfüllung gehen und die Reformprozesse deutlich schneller verlaufen werden als ohne WWU. Denn zum einen werden ungeachtet der erkannten Notwendigkeiten die Maßnahmen zu zögerlich, zu halbherzig oder gar nicht in Angriff genommen, wofür Steuer-, Gesundheits-, Renten- und Arbeitsmarktreform in Deutschland Beispiele sind. Zum anderen werden die durch den Maastrichter Vertrag geschaffenen Zwänge und Begrenzungen in Frage gestellt. Dies lassen jedenfalls Plädoyers aus dem Kreis der Finanzminister der WWU für großzügigere Regelungen im Rahmen des Stabilitätspaktes im Sommer 2001 und wiederholte Forderungen der französischen Regierung nach Schaffung eines *gouvernement économique* vermuten, die im Frühjahr 2001 von Kommissionspräsident Prodi unterstützt wurden. Gäbe man dem nach, würde nicht nur das Assignment des Maastrichter Vertrages sondern auch die Unabhängigkeit der EZB sowie die Stabilitätsorientierung ihrer Geldpolitik in Zweifel gezogen.

Angesichts dieser politischen Diskussion kann noch nicht von einer klaren, weithin akzeptierten ordnungspolitischen Konzeption in der WWU gesprochen werden. Ein dauerhafter, von allen Mitgliedern getragener Konsens in dieser Frage muss erst noch gefunden werden.

### Weiterführende Literatur

- Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2001.
- European Commission (Hrsg.): Spring 2001 Forecast for 2001-2002, in: *European Economy*, Nr. 3/4 (2001).
- European Commission (Hrsg.): *Employment in Europe 2001. Recent Trends and Prospects*, Brüssel 2001.
- Europäische Zentralbank (Hrsg.): *Jahresbericht 2000*, Frankfurt am Main 2001.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.): *Empfehlungen der Kommission über die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft im Jahr 2001*, KOM (2001) 224.
- Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): *Weltwirtschaft in unruhigem Fahrwasser*, in: *RWI-Konjunkturberichte*, Jahrgang 52 (2001), S. 9-29.